

Besprechung bei der CFI, Rom am 2.04.2009

STE-012.mp3

Frau Dr. Guzzo (Gu), CFI (Cooperazione Finanza Impresa)

Herr Prof. Zevi (Z)

Frau Pollicino (P), Legacoop

Fragen der Teilnehmer: T

- Nach der Pause -

H.J. spricht, aber das Aufnahmegerät ist ausgeschaltet. Nur die Übersetzung wird aufgezeichnet.

Gi: Er sagte gerade, die Gewerkschaften sind auf eine duale Gesellschaft eingestellt, bestehend aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern, während die Mitglieder einer Genossenschaft beides gleichzeitig sind, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Außerdem sagte er, es gibt in der ehemaligen DDR viel Bitterkeit, weil der Übergang denkbar schlecht gestaltet wurde. Es gab sehr viele Unternehmen, die arbeiteten und produzierten. Ihre Beschäftigten wollten den Betrieb in eigener Regie weiterführen, aber die Treuhand zog es vor, den gesamten Betrieb auch nur für 1 DM an irgendeinen Investor zu verkaufen. Es war eine beispiellose Vernichtung von Arbeitsplätzen, Produktionsanlagen und Fachwissen. Ergebnis war ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit und viel Bitterkeit bei der Bevölkerung. Wenn es damals ein ähnliches Gesetz wie dieses gegeben hätte, hätte man viel mehr retten können.

Zevi: Ich habe auch einen Vorschlag für die osteuropäischen Länder in Bezug auf die Privatisierung, usw., geschrieben. Ich habe sie auch dem Botschafter der Soviet Union zukommen lassen. Ich habe einen akademischen Artikel zum Thema geschrieben, aber das war eine Dimension, die es [im Bewusstsein der Verantwortlichen] nicht gab.

Gi: Ist diese Erfahrung, das Marcora Gesetz, tatsächlich einmalig in der Welt?

Z.: Nein, sie ist nicht einmalig in der Welt. In Spanien spielt sie eine große Rolle. Bzw., eine große Rolle spielt die Erfahrung von Arbeitnehmern, die Unternehmen selbst verwalten. In Spanien gibt es drei großen Erfahrungen in diesem Bereich: die Produktionsgenossenschaften wie die italienischen, die „Anonyme Arbeiter-Gesellschaften“, d.h., Aktiengesellschaften, in denen die Beschäftigten die Mehrheit der Aktien besitzen. Sie heißen *Società Anonime Laborali*. Sie sind in der Regel infolge von Krisen entstanden. Die dritte Erfahrung ist eine ganz besondere Arbeiter-Genossenschaft namens Mondragon.

Gi: Ja, wir kennen sie.

Z.: Ich mache Sie auf einen Artikel in *The Economist* dieser Woche über die Mondragon-Gruppe aufmerksam, in dem beschrieben wird, wie sie auf die jetzige Krise reagiert. Wenn ich richtig verstanden habe, weil der Artikel nicht sehr klar ist, verwandeln sich die Konsumgenossenschaften der Mondragon-Gruppe gerade in Arbeiter-Genossenschaften. Aber der Artikel ist nicht sehr klar.

Gi: Wenn Sie von Arbeitergenossenschaften reden, meinen Sie, Genossenschaften, die produzieren, oder?

Z.: Nein, ich meine Genossenschaften, in denen Arbeiter Mitglieder sind. Während in den Konsumgenossenschaften sind Konsumenten Mitglieder.

H.J.: Ich möchte noch etwas ergänzen. Ich möchte erinnern an den fast tragischen Versuch von Kali-Kumpeln in der DDR, die mit einem Hungerstreik noch versucht haben, zu erreichen, dass ihre Kali-Grube erhalten blieb. Sie haben den Hungerstreik fast bis zum Tode durchgehalten, um die Kali-Grube als Genossenschaft übernehmen zu können. Trotzdem wurde sie geschlossen. Das war vielleicht vor 10 Jahren.

Z.: Es gibt noch ein Detail, das ich vergessen habe. Wenn eine Firma Konkurs anmeldet, ist es in Italien, aber auch in anderen Ländern, so, dass der Konkursverwalter, den Betrieb, auch im Interesse der Gläubiger, an irgendjemand seiner Wahl verpachten kann. Denn bevor alles verkauft wird, müssen Schulden und Forderungen ermittelt werden, die Abwicklung erfordert Zeit. Wenn der Betrieb in der Zwischenzeit verpachtet wird, gibt es ein paar Einnahmen. Der Konkursverwalter kann den Betrieb an einen anderen Unternehmer verpachten oder auch an eine Arbeiter-Genossenschaft. Wenn der Konkursverwalter soweit ist, dass er meint, er kann anfangen, die Bestandteile zu verkaufen, das Grundstück, die Maschinen, usw., veranstaltet er normalerweise eine Auktion. Ersteigern kann natürlich jeder, den Zuschlag bekommt der Höchstbieter. Aber das Marcora Gesetz sah vor, dass wenn eine Genossenschaft den Betrieb gepachtet hatte, bei gleichem Gebot die Genossenschaft das Vorkaufsrecht bekam.

Gi: Und wenn die Genossenschaft den Betrieb nicht verpachtet hat ?

Z.: Sie kann sich an der Auktion beteiligen, aber sie hat kein Vorkaufsrecht.

Mi: Und wenn die Gebote verdeckt sind ? Wie konnte die Genossenschaft wissen, welches das höchste Gebot war ?

Z.: Beispiel: Herr Sowieso hat eine Million angeboten und den Zuschlag bekommen. Dann kann die Genossenschaft das gleiche anbieten und bekommt den Zuschlag. Das erfolgt danach.

Ma: Ich habe eine Frage zum Arbeitslosengeld. Was ist der Hintergrund, dass die Genossenschaftsmitglieder sagen: dieses Arbeitslosengeld soll uns über die CFI als Partizipationskapital zur Verfügung stehen, und dass sie nicht sagen: Eigentlich haben wir einen Anspruch auf dieses Arbeitslosengeld. Wir wollen das sofort haben und, neben unseren Ersparnissen, gleich zur Beginn der Gründung der Kooperative unser Kapital damit stärken.

T.: So ist es doch.

Mi: Wird das Arbeitslosengeld ein Anteil des Genossenschaftskapital der einzelnen Mitglieder oder gehört es der CFI ?

Z.: Es gehört der CFI. Zumindest in der erste Fassung des Gesetzes wurde das Arbeitslosengeld zu dem Anteil der CFI.

Ma: Was ist der Hintergrund für diese Regelung ? Denn als Arbeitnehmer/in habe ich Anspruch auf das Arbeitslosengeld. D.h., ich gebe etwas aus der Hand. Nahe liegend wäre zu sagen, dass ich, als jemand, der eine Genossenschaft mit gründet, das sofort bekomme, damit ich, neben meinen Ersparnissen und Abfindung, mehr Kapital zur Verfügung habe.

Z.: Das Prinzip ist folgendes: der Arbeitnehmer wird arbeitslos. Deshalb bekommt er Arbeitslosengeld und arbeitet nicht. Nach dem Marcora-Gesetz wird dieser Geldbetrag vom Ministerium an die CFI gegeben, die es als Kapital in die Genossenschaft einzahlt. In dem Genossenschaftskapital fließen auch die Anteile der Arbeiter. Aber am Tag danach arbeiten die Arbeiter wieder und bekommen wieder Lohn. Es ist ein anderer Mechanismus. Endergebnis ist, dass dieses Geld, das zu nichts genützt hätte, außer zur Unterhaltung der Arbeitslosen, in das Kapital der Genossenschaft fließt ; dadurch ist der Arbeitslose ab dem nächsten Tag wieder Arbeiter und bekommt seinen Lohn.

S.: Sie bekommen Lohn, weil die Genossenschaft etwas produziert.

Z.: Ja.

K.: Der Staat sagt: wenn du Arbeiter investierst, dann investieren wir auch bis zum dreifachen Betrag

G.: Die Grenze ist das, was der Arbeiter innerhalb von drei Jahren an Arbeitslosengeld bekommen hätte.

Ma: Es ist eine politische Frage.

Z.: Kann ich noch was dazu sagen ? Es ist ein Kuriosum, aber es ist wichtig. Wir waren am Anfang sehr ehrgeizig und hatten vorgesehen, dass das Kapital, das wir einsetzten und vom Ministerium kam, früher oder später an die CFI zurückfließen sollte. Wir dachten: wenn der Betrieb gut läuft, kann er irgendwann den Anteil der CFI zurückkaufen. Wir bekommen das Geld wieder und können es für die nächste Genossenschaft verwenden. Wir wollten einen rotierenden Fonds einrichten. Wir wollten es so machen, aber das Ministerium hinderte uns daran. Die Europäische Union sagte 1996: Ach, aber ihr vergebt hier Kapital a fond perdu, denn wenn ihr nie [aus der Genossenschaft] wieder aussteigen dürft... Deswegen blockierte die Europäische Union das Gesetz. Fünf Jahre lang durfte das Gesetz nicht mehr angewendet werden. Dann haben wir mit der EU eine Einigung erzielt, die exakt das darstellt, was wir von Anfang an tun wollten. D.h., dieses Kapital muss jetzt innerhalb von 10 Jahren zurückfließen. Zum Glück hatten wir sowieso jeweils etwas Kapital zurückgeführt, deshalb konnten wir einige weitere Interventionen machen (einige Genossenschaften unterstützen), weil ein Teil des Kapitals zurückgeflossen war. Eine der Kooperativen, die das Kapital damals zurückzahlte, war Metalcoop. Danach haben wir uns wieder am Kapital der Metalcoop beteiligt, aber nach einer anderen Logik und mit einem kleinerem Anteil.

N.: Eine Frage. Die Arbeiter verzichten für drei Jahre auf die soziale Absicherung für den Fall, dass ihr Projekt scheitert. Meine Frage ist, was müssen die Voraussetzungen sein, dass diese Arbeiter so sicher sind, dass sie sich darauf einlassen ? Denn es ist ein hohes Risiko. Welche sind die Kriterien für die Arbeiter zu sagen: ich schaff das, ich brauche das Arbeitslosengeld nicht.

Z.: Ich weiß es nicht. Uns ist das, ich glaube, nur zweimal passiert, dass der Betrieb vor Ablauf von drei Jahren geschlossen hat. Normalerweise ist es so, dass wir [in zweifelhaften Fällen] im Vorfeld sagen: Es ist zu riskant. Es ist ein Risiko, ja.

Gi: Das ist ja Sinn und Zweck dessen, was Sie „Ermittlungsverfahren“ nennen.

Z.: Unsere Untersuchung dient nicht dazu, die Frage zu klären, ob der Betrieb sich drei Jahre lang halten kann. Wir ermitteln, ob der Betrieb überhaupt und **dauerhaft** weiter existieren kann.

N.: Es wurde auch gesagt, dass die CFI auf die Kommunikationsfähigkeit der Beteiligten achtet. Dass ein Wandel bedarf, dass man dann viel kommunizieren muss über die Probleme, die entstehen. Wie weit greift die CFI in diesen Kommunikationsprozessen beratend ein ?

Z.: Nein, die Prüfung geht nicht so weit in die Tiefe. Wir schauen uns nicht die Arbeiter einzeln an. Die CFI schaut sich die leitende Gruppe an, nimmt wahr, wie die Vollversammlung reagiert, wie weit sich die Mitglieder beteiligen, sie versucht, zu informieren. Z.B. sagen wir: Sich auf dieses Abenteuer einzulassen kann manchmal bedeuten, dass die Arbeitszeit gelegentlich länger wird. Wir versuchen, das Wissen darum, das Bewusstsein zu vermitteln, was es bedeutet, als Genossenschaft den Betrieb weiter zu führen.

N.: Aber wenn eine Genossenschaft schon gegründet ist und es dann Konflikte gibt, greifen Sie dann zur Mediation ?

Z.: Das ist kompliziert. Heute arbeiten wir anders als am Anfang. Vor 20 Jahren gründete sich zuerst eine Genossenschaft, dann stellte sie den Antrag. Jetzt sagen wir, dass wenn eine Belegschaft etwas unternehmen will, sie gleich zu uns kommen soll. Die heutige Krise ist anders als die Krise vor 20 Jahren: sie ist heute viel komplizierter. Dies ermöglicht es uns, der Belegschaft ein Teil unserer Erfahrung zu vermitteln, z.B., wie man erfolgreich den insolventen Betrieb auf der Auktion ersteigert, wie man mit einer Bank verhandelt... Wie beraten die Leute bei Fragen wie: Wie sie sich organisieren wollen, wie viele von ihnen Mitglieder der Genossenschaft werden wollen. Jetzt sind wir viel mehr von Anfang an am Prozess beteiligt. Nach unserer Erfahrung entstehen Konflikte unter Mitglieder eher später, im Laufe der Jahre, als am Anfang. Bei Konflikten zwischen den Mitgliedern ist die Stellung der CFI sehr schwierig. Denn wir können nicht Partei für die einen oder die anderen Seite ergreifen. Deswegen versuchen wir zu vermitteln, wie man zu einer Synthese auf höherer Ebene gelangen kann. Wir versuchen zu verstehen, ob man den Konflikt verlagern kann...

G.: Nach den Regeln der Mediation sollte man die gemeinsamen Interessen hervorheben.

Z.: Ja, aber es ist sehr schwierig, eine Kasuistik zu erstellen. Manchmal empfangen wir ein Mitglied, oder eine Gruppe für eine Beratung. Wir vermitteln also auch, gelegentlich.

W.: Haben Sie Mediatoren, die auf Konfliktlösung spezialisiert sind?

Z.: Nein. Aber unsere Mitarbeiter, die Monitoring [Überwachung] machen, darunter Monica [Guzzo] und andere, haben genau diese Funktion.

Z.: Noch zwei Dinge, die vielleicht nützlich sein können. Wenn wir uns als Mitglieder an einer Genossenschaft beteiligen, auch an solchen, die infolge einer Insolvenz gegründet werden, ernennen wir immer ein Aufsichtsratsmitglied. Er ist ein Wirtschaftsprüfer. Wir behalten uns auch das Recht vor, ein Mitglied des Vorstandes zu ernennen. Das Vorstandsmitglied ernennen wir fast nie, um Verwirrung bei den Rollen zu vermeiden. Denn dann würden die Mitglieder uns quasi als Arbeitgeber

betrachten - was wir nicht sind. Deshalb ernennen wir das Verwaltungsmitglied nur in Ausnahmefällen. Den Wirtschaftsprüfer ernennen wir aber immer. Das sind immer Fachleute, die kommen nicht aus unserem Umfeld [der Genossenschafts-Bewegung].

Mi: Ich hätte noch einige Fragen, ich weiß nicht, ob Sie noch soviel Zeit haben.

Es wird eine kleine Pause eingelegt.

In der Pause erzählt Monica Guzzo, dass sie und weitere fünf Personen vom „Monitoring-Büro“ in beratender Funktion an Vollversammlungen teilnehmen.

Unter anderem wird in der Pause über das Projekt einer Weltkartierung gesprochen.

Mi: Vielleicht kann Prof. Zevi zu Großbetrieben etwas sagen und zu der gesamtgesellschaftlichen Perspektive, was ist, wenn es noch Konkurrenz gibt. Ist es überhaupt möglich für die Genossenschaften ohne weitere Vernetzung zu überleben? Unabhängig von der jetzigen Krise. Zum Beispiel, könnten die Genossenschaften vereinbaren, dass wenn eine Absatzkrise herrscht, man die Arbeitszeit gemeinsam reduziert. Ob sie solche Perspektiven haben.

Zuerst wird die Frage nach der Anwendbarkeit des Marcora-Gesetzes auf Großbetriebe wie Opel gestellt.

Frau Guzzo: Man kann es bei jedem Unternehmen anwenden. Aber man muss die Organisationsform eines Genossenschafts-Konsortiums sehr gut kennen. D.h., man soll viele Genossenschaften gründen, eine für jeden Arbeitsbereich. Denn eine riesige Genossenschaft funktioniert nicht. Man braucht eine/n Betriebswirt/in, um so etwas zu bewerkstelligen.

Die Teilnehmer würden sich gerne morgen mit Frau Pollicino treffen, aber sie kann nicht. Deshalb gilt allgemein, wir können im Internet weiter kommunizieren, sowohl mit Legacoop als auch mit der CFI.

Gu: Es gibt heute in Italien auch riesige Genossenschaften, aber in der Regel sind sie als Konsortien organisiert. D.h., es gibt viele Genossenschaften, die in einzelnen Bereichen tätig sind und ein Konsortium, der sie zusammenfasst. Es ist wiederum eine Genossenschaft. Aber man muss ein sehr gutes Management haben, damit es in solchen Größenordnungen funktioniert. Man braucht eine/n sehr gute BetriebswirtIn.

Gi.: Wie ein Schwarm.

Gu: Das Marcora-Gesetz ist allerdings nach den Vorgaben der EU nur auf kleine und mittlere Unternehmen anwendbar, d.h. auf Betriebe mit maximal 250 Mitarbeitern. Als wir bei der Werft von Livorno eingeschritten sind - das war ein sehr großer Betrieb - wurden fünf Genossenschaften und ein Konsortium gegründet. Diese Konstellation hielt sich aber nicht lange, gerade weil, wenn das Management nicht außerordentlich tüchtig ist, ist es sehr schwierig.

Z.: Da gab es aber einen sehr speziellen Grund. Grundsätzlich haben wir uns nur mit Betrieben mit maximal 250 Mitarbeitern befasst, gerade wegen der Vorgaben der

EU. Nur in einem Fall haben wir die Belegschaft in verschiedene Genossenschaften aufgeteilt, aber das ist in der Tat sehr kompliziert. Wenn keine Grenzen von der EU vorgeschrieben wären, könnte man auch große Betriebe in Genossenschaften überführen. Aber das ist viel komplizierter. Eine Genossenschaft auf die Beine zu stellen, die wachsen kann, bis sie 10.000 Mitglieder erreicht, ist das eine, bei einem Betrieb anfangen, der bereits 10.000 Mitarbeiter hat, ist etwas ganz anderes. Heute gibt es Produktivgenossenschaften in Italien, die auch 10.000 Mitglieder haben, aber sie sind im Laufe der Zeit gewachsen.

Gi: Die Vollversammlungen werden problematisch sein.

Z.: Es werden Vollversammlungen von Untergruppen abgehalten, die Delegierten wählen, die an der Delegierten-Versammlung teilnehmen.

W.: Sind das Produktivgenossenschaften oder Konsumgenossenschaften ?

Z.: Arbeiter-Genossenschaften [Produktivgenossenschaften].

W.: 10.000 ?

Z.: Eine ist zum Beispiel CAMST, eine Genossenschaft, die im Nord- und Mittelitalien Kantinen betreibt. Sie hat etwa 9.000 Mitarbeiter, ein Großteil davon sind Genossenschaftsmitglieder.

Wolfgang erläutert sein Projekt, die Produkte aller europäischen Produktionsgenossenschaften in einem virtuellen Kaufhaus anzubieten - als Instrument der Kartierung, der Vernetzung und der gegenseitigen Unterstützung durch die gemeinsamen Nutzung von zentralen Ressourcen.

Z.: Wenn Sie uns eine Beschreibung des Projekts schicken, können wir es unseren Mitgliedern bekannt geben. Das gleiche gilt für die Legacoop.

W.: Können wir machen. Wichtig wäre, ob sie sich an der Kartierung beteiligen. Auch als Vorbereitung des Deutschen Sozial Forums vom 15.-18. Oktober 2009.

Frau Pollicino: Wenn wir in Verbindung bleiben und Sie uns eine genauere Beschreibung dieses Projekts zukommen lassen, sowohl des Internet-Portals, das eine intelligente Idee sein könnte, als auch von der Kartierung, die mich interessiert... Bitte nicht auf deutsch, es kann auf englisch sein.

Z.: Entweder englisch oder französisch oder spanisch.

Gi.: Den Genossenschaften muss man die Papiere aber auf italienisch schicken.

P. und Gu: Um die Übersetzung können wir uns kümmern.

Gu: Prof. Zevi spricht perfekt spanisch. Er spricht auch englisch und französisch.

D.: Ich hätte noch viele Detailfragen. Ich habe gehört, dass eine Kampagne zum Marcora Gesetz bei der CECOP geben soll, ob Sie etwas davon wissen. Weil wir in Deutschland überlegen, eine Kampagne für die Einführung eines Marcora-Gesetzes auch in Deutschland zu machen. Deshalb haben wir überall auch fotografiert. Wir möchten eine Broschüre herstellen, wir möchten im Herbst eine Vortragsreise organisieren, mit Gästen aus Italien... Das sind unsere Pläne. Was ist auf europäischen Ebene geplant ?

Z.: Die Details kenne ich nicht. Ich weiß, dass die Leute von der CECOP daran arbeiten, sie haben Details von uns angefordert, d.h., den Gesetzestext und die Beschreibung einiger Beispiele.

Gu.: Die Gegenüberstellung zwischen altem und neuem Marcora-Gesetz, die ich Euch gegeben habe, hatte CECOP von uns angefordert, um zu sehen, wie das Gesetz verändert wurde. Die Cecop hat auch die Details von zwei Fällen angefordert, weil sie vorhaben, etwas über die Gesetzgebung zur Unterstützung der Genossenschaftsbewegung - Produktivgenossenschaften und Sozialgenossenschaften - in den einzelnen europäischen Ländern zu veröffentlichen. Sie wollen die jeweiligen gesetzlichen Rahmenbedingungen und zwei Fälle pro Land darstellen. Das soll Ausgangspunkt sein, um eine Debatte zu starten über die Möglichkeit, in der EU darüber zu diskutieren, ob die einzelnen Staaten, um die Krise zu bewältigen, Gesetze oder Teile davon wieder aktivieren sollen, die in der Vergangenheit gut funktioniert haben. Bisher stehen die einschlägige Gesetzgebung in Italien und in Frankreich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der Focus liegt auf die Kreditvergabe für die Kooperation.

Z.: Was ich noch hinzufügen kann ist, wir stehen in Verbindung mit Genossenschaften, die in Argentinien aus insolventen Betrieben entstehen. Wir waren auch mehrmals in Argentinien. Wir haben eine Vereinbarung mit dem Arbeitsministerium Argentiniens. Das dortige Ministerium hat eine Abteilung, die sich mit Selbstverwaltung befasst. Das sind alle *impresas recuperadas* [von der Belegschaft übernommenen insolvente Betriebe].

D.: Besteht Kontakt zu ANTEA ?

Z.: Ja

D.: Sie waren auf dem Kongress [Solidarische Ökonomie] in Berlin

E.: Darf ich eine dumme Frage stellen ?

Z.: Ja

E.: Gibt es auch Genossenschaften, die nicht aus insolventen Betrieben entstanden sind ?

Z.: Fast alle Genossenschaften, die in den 1980er- 90er Jahren entstanden sind, sind aus insolventen Betrieben entstanden.

P.: Aber nicht alle Genossenschaften entstehen aus insolventen Betrieben.

Gi.: Es gibt eine starke Tradition der Genossenschaften in einigen Regionen Italiens, vor allem in Emilia Romagna und Toscana.

P.: Es gibt Betriebe, die von Anfang an als Genossenschaft entstehen.

Gu.: Aber die Arbeiter-Genossenschaften entstehen oft aus der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn auch nicht immer.

P.: Die Arbeiter-Genossenschaften werden von Personen gegründet, die Arbeit suchen und ihre eigenen Arbeitsplätze schaffen.

Gu.: Es ist sehr unterschiedlich je nach Wirtschaftssektor. In der metallverarbeitenden Industrie entstehen Genossenschaften sicherlich eher aus krisengeschüttelten Betrieben.

W.: Was passiert bei der natürlichen Abfolge, wenn der Inhaber keine Erben hat und deswegen den Betrieb schließen will ?

Gu.: Ja, auch in solchen Fällen.

E.: Die Insolvenzen in den 1980er Jahren waren wahrscheinlich schon durch die Globalisierung und die zunehmende Konzentration bedingt. Kann man sagen, dass in Italien paradoxerweise Genossenschaften daraus entstanden sind ?

Gu: Nein...War die Krise in den 80er Jahren in Italien schon durch die Globalisierung bedingt ?

Z.: Sie war durch die erste und die zweite Ölkrise bedingt.

E.: Nach Altvater war die Ölkrise die Folge der Abkopplung des Dollars vom Goldstandard und die Anbindung des Dollars an das Öl...eine Methode, sich den Markt einzuverleiben...und das die Ölkrise nicht einfach nur eine Ölkrise, sondern der Anfang der heutigen Krise war

Z.: Ich glaube... ich sehe das nicht so. Es war eine anders geartete Krise. Die Globalisierung begann Anfang der 90er Jahre und ist jetzt explodiert. Die frühere Krise... markierte eine Veränderung der Welt im Verhältnis zum Bretton-Woods-System, ja. Aber sie blieb im Rahmen des ersten Entwicklungsmodells, sagen wir mal.

H.: Gibt es Genossenschaften, die nach dem Marcora-Gesetz entstanden sind, die aber ihrerseits nachher Pleite gegangen sind ?

Z.: Leider ja. Im Durchschnitt hat die Hälfte dieser Genossenschaften früher oder später die Tore geschlossen. Die durchschnittliche Lebensdauer der Genossenschaften, die geschlossen haben, war 9 Jahre. Ich denke, das kann man nicht als negatives Ergebnis sehen, obwohl man sich natürlich eine Verbesserung wünscht. Es ist gewissermaßen unvermeidlich.

Gu.: In fast 50 % der Fälle hat die Genossenschaft aufgehört zu existieren, weil die Mitglieder die Genossenschaft mit ca. 50 Jahren gegründet und nach und nach das Rentenalter erreicht haben. Die allerersten Genossenschaften nach dem Marcora-Gesetz waren nämlich ganz kleine Genossenschaften von 10-15 Mitgliedern. Sie belieferten einen einzigen wichtigen Kunden, in der Textilindustrie war dieser Benetton, in der metallverarbeitenden Industrie Fiat... Als die Mitglieder das Rentenalter erreichten, löste sich die Genossenschaft auf. Sie hatten einen kleinen Teil der Produktion eines größeren Unternehmen übernommen, dann haben sie einfach aufgehört. Sie haben nicht Konkurs angemeldet, sie haben ihren Betrieb einfach geschlossen. Manchmal waren nur 2-3 junge Mitglieder übrig geblieben. Sie sind woanders untergekommen und haben die Genossenschaft aufgelöst. Einige Genossenschaften wurden verkauft, entweder an Privatleute...

Z.: Das passiert selten, aber es gab ein paar solcher Fälle.

Gu: Nur wenige von ihnen haben Konkurs angemeldet.

Mi.: Die gängige, Standardlösung, um Arbeitsplätze zu retten, in Deutschland offenbar und sonst wo in der Welt, ist Wachstum zu steigern. Das hat absurde Ausmaßen angenommen. Zum Beispiel, in Deutschland werden zu Teil noch funktionierende Autos verschrottet...

Gu.: Auch hier: eine Verschrottungsprämie.

Mi.: Ich sehe nicht, dass die CFI und die Genossenschaften, die wir besucht haben, eine wirkliche Antwort auf die Wachstumsproblematik haben. Aber ich denke, es gäbe vielleicht Möglichkeiten, vielleicht durch ein kooperatives Modell und verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, das Wachstum zu reduzieren. Haben Sie Lösungen dazu ? Sehen Sie das Problem ?

Z.: Es ist ein sehr großes Thema. Da müsste man sich lange unterhalten. Wenn eine Genossenschaft wie Metalcoop mit 20 Mitgliedern auf einmal die Hälfte produziert, weil sie nur die Hälfte verkauft, können 20 Personen nicht mehr davon leben. D.h., die *Décroissance*¹ ist ein sehr schwieriges Thema. Man kann das Wachstum kritisch betrachten, aber man muss sehr vorsichtig sein, denn sonst entsteht sozialer Sprengstoff mit unabsehbaren Folgen. Wenn Metalcoop nur noch die Hälfte verkauft, entweder werden alle Löhne halbiert, oder die Hälfte der Mitglieder muss entlassen werden. Das ist die Alternative. Ein Betrieb hat nicht viel Zeit, um sich andere Lösungen einfallen zu lassen. Die Verbindungen zwischen Betrieben sind zwar sehr wichtig, aber wenn alle sich in der gleichen Lage befinden, nützen auch die Verbindungen nichts. Z.B., Metalcoop verkauft die Hälfte ihrer Produktion an die großen Verbrauchermärkte, insbesondere den Verbrauchermärkte der Konsumgenossenschaften. Es gibt also eine Verbindung. Aber wenn die Verbrauchermärkte nichts verkaufen, kaufen sie keine Regale mehr von der Metalcoop.

T.: Man spricht noch nicht von schrumpfen, sondern von nicht weiter wachsen.

Z.: Zur Zeit verzeichnen alle Betriebe einen Rückgang der Nachfrage. Sie müssen weniger produzieren. Fiat z.B., verzeichnet einen Rückgang ihrer Produktion um 40-50 %. Es stimmt, dass die Maßnahmen [wie die Abwrackprämie], die getroffen wurden, den Markt „berauschen“. Aber kurzfristig muss man wählen zwischen solchen Maßnahmen und 50.000 Arbeitslose mehr. Längerfristig kann man Autos neu entwerfen, oder in andere Produkte verwandeln. Es ist nicht einfach.

H.-J.: Das Problem ist, dass die Genossenschaften überhaupt in einem kapitalistischen Markt existieren müssen. Im kapitalistischen Markt gilt der Grundsatz: wachse oder weiche. Es gibt ein Wettbewerb um das Wachstum. Wer schneller wächst, gewinnt.

Z.: Das stimmt. Aber der Markt bedeutet nicht nur das, er bedeutet auch: Innovation oder Untergang. Nicht nur Wachstum. Es gibt Betriebe, die innovativ sind und dadurch nicht untergehen, auch wenn sie gleich groß bleiben.

H.-J.: Deshalb die Frage, ob es nicht denkbar wäre, dass Genossenschaften ihren eigenen Markt bilden, der nach anderen Kriterien funktioniert. Das ist der Hintergrund unserer Bemühungen um Solidarische Ökonomie.

G.: Die Idee, dass Betriebe, die sich von solidarischen Prinzipien leiten lassen und nicht vom Ziel der Profitmaximierung, sich organisieren, um ihren eigenen Markt aufzubauen.

Z.: Das machen auch die italienischen Genossenschaften. Auch in der jetzigen Zeit lassen sich Genossenschaften von anderen Prinzipien leiten, um die sich andere Unternehmen nicht kümmern. Aber die Rahmenbedingungen bleiben die des Marktes, die Genossenschaften können sich nicht vom Markt isolieren. Man müsste etwas Zeit haben [um darüber zu reden]. Es gab intensive Debatten in den Arbeiter-Genossenschaften, aber nicht nur dort, zu der Frage: wo investieren? In demselben Bereich investieren oder in derselben Region? Oder ins Ausland gehen? Diese Fragen werden in einem herkömmlichen Unternehmen nicht diskutiert. Dort entscheidet der Inhaber. Der Vorteil von Genossenschaften ist, dass es dort darüber diskutiert wird, so dass entschieden werden kann: wir investieren nicht in

¹) das Gegenteil von Wirtschaftswachstum, „ungrowth“ oder „Schrumpfung“ nach dem Ökonom Serge Latuche

Rumänien, weil wir das Problem hier von Ort haben. Es gibt viele Beispiele, nicht nur bei den Investitionen, auch bei Fragen der Organisation der Arbeit, der Arbeitszeit, bei der Frage, welche Innovation soll eingeführt werden, usw., bei denen Genossenschaften anders entscheiden als herkömmliche Unternehmen, obwohl sie auf dem gleichen Markt operieren.

Die Teilnehmer bedanken sich. Applaus.